

## PRESSEINFORMATION

Lokale Verantwortung  
für Bildung und Ausbildung

Arbeitsgemeinschaft  
„Weinheimer Initiative“



Dienstgebäude: Obertorstraße 9  
69469 Weinheim  
Telefon Zentrale: 06201/ 820  
Telefax: 06201/ 13880  
e-mail: r.kern@weinheim.de

Datum:

25.07.2011

Sachbearbeiter/in:

Herr Kern

Durchwahl:

06201/ 82 390

Geschäftszeichen:

ron

Datum u. Zeichen Ihres Schreibens:

# Nicht nachlassen am Übergang

Bildungsexperten der „Weinheimer Initiative“ tagten in Weinheim - Auf veränderte Rahmenbedingungen reagieren

**Weinheim.** Die Zeiten haben sich geändert. Vor ein paar Jahren noch war für junge Menschen der Übergang von der Schule ins Berufsleben durch einen Lehrstellenmangel geprägt. Heute suchen die Betriebe Hände ringend nach Auszubildenden. Das Problem ist deshalb aber nicht gelöst, stellen die Bildungsexperten der „Weinheimer Initiative“ fest. Die Arbeitsgemeinschaft für „Lokale Bildung und Ausbildung“ traf sich jetzt – wie jedes Jahr – an ihrem Gründungs- und Namensgebungsort zur „Sommerklausur“. In der Weinheimer Initiative engagieren sich Städte und Landkreise, Stiftungen und Bildungsexperten für „Kommunale Koordinierung“ bei der Gestaltung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt. Rund 30 Kommunen und Kreise haben sich der Bewegung mittlerweile angeschlossen, darunter jetzt auch die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt Kiel. Deren Vertreter aus dem Büro für Kommunales



Übergangsmanagement  
besuchten zum ersten Mal die  
„Geburtstadt“  
der Initiative, die weiter wächst und als  
Expertengremium bundesweit Gehör  
findet. Weinheim selbst ist als  
Bildungsregion in Baden-Württemberg,  
seinem Bildungsbüro und seiner  
„Bildungskette“ eine Art Modellkommune  
der Arbeitsgemeinschaft.  
Weinheims Oberbürgermeister Heiner  
Bernhard ist einer der Vorsitzenden, die  
in Weinheim ansässige Freudenberg-  
Stiftung fördert die Arbeitsgemeinschaft.  
„Die Rahmenbedingungen ändern sich  
dramatisch“, so fasste Dr. Wilfried Kruse,  
der Dortmunder Sozialforscher und  
Sprecher der „Weinheimer Initiative“ die  
aktuellen Entwicklungen zusammen.  
Berufsorientierung von Schülern und  
deren Ausbildungsreife, der Übergang in  
die Arbeitswelt, dies sei für die  
Unternehmen mittlerweile kein  
sozialpolitisches Thema mehr, sondern  
eine betriebswirtschaftliche Frage der  
Personalsicherung. Der demographische  
Wandel und der steigende  
Fachkräftebedarf in der Wirtschaft  
verändere die Situation, nicht aber die  
Notwendigkeit, den Übergang zwischen  
Schule und Berufsleben zu gestalten.  
Denn noch immer sei die Diskrepanz  
zwischen der Erwartung der Schüler und  
der Erwartung der Betriebe zu hoch, das  
Ankommen von Jugendlichen in der  
Arbeitswelt gelinge nach wie vor zu  
selten. Folgen seien berufliche und  
soziale Desintegration. Auch hätten  
immer mehr junge Leute  
Orientierungsbedarf, um nach der Schule  
ihren richtigen Weg zu finden. Die  
Sprecher der „Weinheimer Initiative“  
warnten jetzt in einem Fazit der  
Sommerklausur davor, die kommunale  
Steuerung des so genannten  
Übergangsmanagements vor dem  
Hintergrund des Azubi-Mangels zu  
vernachlässigen. In der Politik gebe es  
schon ersten Tendenzen. Kruse: „Man  
spürt bisweilen die Erwartungshaltung,  
dass sich das Thema wegen der  
demographischen Situation und des  
wirtschaftlichen Aufschwungs schon von

alleine erledigen werde.“ Diese Einstellung greife aber zu kurz und gehe an der Realität vorbei. Wie der Übergang zwischen Schule und Berufsleben gerade unter kommunaler Steuerung gestaltet werde, sei nach wie vor der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche und integrierte Berufsausübung und damit auch für die volkswirtschaftliche Lage der Republik. Kruse: „Die kommunale Übergangskoordination bleibt ein wichtiges Strukturelement des Bildungssystems.“